

## **Protokoll:**

Bürgermeisterin Mohrs erläutert, dass das Integrationskonzept sich seit 2017 in der Fortschreibung befinden würde und im Herbst 2018 hat der Haupt- und Finanzausschuss bereits drüber beraten hätte. Danach seien Änderungsvorschläge vom Beirat für Migration und Integration übersandt worden.

Von den 6 Änderungsvorschlägen wurde 1 Vorschlag unmittelbar eingearbeitet. Für die 5 weiteren wären Änderungsvorschläge seitens der Verwaltung gemacht, damit die Vorschläge gesetzeskonform sind. Am 18.12 wurde gemeinsam mit dem Beirat für Migration und Integration das vorliegende Konzept erarbeitet.

Herr Genc (Beirat für Migration und Integration) weist daraufhin, dass die weiteren Vorschläge nicht eingepflegt bzw. nicht akzeptiert wären. Des Weiteren bittet Herr Genc um eine Zusammensetzung des Beirates und den Fraktionsvertretern, da in der Sitzung des Beirates keine Zustimmung für das Konzept entstanden wäre.

Bündnis 90/Die Grünen beantragen weiteren Beratungsbedarf und die entsprechende Verschiebung in den Stadtrat.

Herr Hehl (Ordnungsamt) weist daraufhin, dass nach § 56 GemO der Beirat für Migration und Integration eine beratende Funktion hätte und sich zu Selbstverwaltungsangelegenheiten der Kommune äußern könne und nicht, dass dieser in der Verwaltung bei dem Konzept mitwirken kann und federführend hauptamtliche Tätigkeiten der Verwaltung führt.

Herr Genc (Beirat für Migration und Integration) äußert, dass das Sachgebiet für Migration und Integration die Akteure einladen und die Sitzungen leiten und moderieren würde. Diese Aufgabe die dem Beirat als Sachgebiet aufgetragen ist, solle jetzt jemand außenstehendem von der Verwaltung übertragen werden.

Oberbürgermeister Langner äußert, dass dieses Thema bereits ausführlich beraten

wurde und daraufhin dieser Punkt in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 20.08.2019 ohne Beschlussempfehlung vertagt wäre.

Weiterhin fügt er hinzu, dass eine weitere Verschiebung und noch mehr Beratungsbedarf aus seiner Sicht den Beschluss des Konzeptes nur noch weiter verzögern würde und schlägt vor, die Änderungsvorschläge abzarbeiten und danach eine Stellungnahme zu fertigen.

Herr Hehl weist nochmals daraufhin, dass der Beirat sich mit den Themen beschäftigt und befasst. Die Arbeit wurde bisher immer von der Integrationsbeauftragten umgesetzt.

Nach dem Konzept, kann der Beirat sich künftig mit den Themen befassen und die Verwaltung bearbeitet diese.

Oberbürgermeister Langner stellt fest, dass hier weiterhin Beratungsbedarf besteht und deswegen die Angelegenheit ohne Beschlussempfehlung in die Sitzung des Stadtrates verschoben werden solle.

Die Angelegenheit verbleibt ohne Beschlussempfehlung.